

Kopie an die Schweizerische Botschaft in Köln im Nachgang zu unserem Schreiben vom 22. März 1965 (ad D.6.1.1. ~~U~~ Ch.4. - MT/ef)

S. P. 35.33.167. - JR/PO/ds

3003 Bern, den 1. Juni 1965

*Stae
V
sch*



Vertraulich
Schweizerische Botschaft
Köln
Eingang: - 4. JUNI 1965
Referenz: *D 6.1.1. 424*

Herrn Bundesrat Paul Chaudet
Vorsteher des Eidg. Militärdepartements
3003 Bern

an	Datum	Visa
	<i>8.6.65</i>	<i>Ch.</i>
a/a	<i>8.6.65</i>	<i>Ch.</i>

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Mit Schreiben vom 25. Februar machte mich Botschafter Troendle in Köln darauf aufmerksam, dass ein "Komitee für europäische und internationale Zusammenarbeit" sich mit der Durchführung von Gratis-Informationsreisen nach der Bundesrepublik befasst, und zwar vornehmlich für schweizerische Milizoffiziere, denen militärische Einrichtungen der NATO in der Bundesrepublik gezeigt werden. So fand beispielsweise vom 13. bis 17. September 1964 eine Besichtigungstour statt, an der über ein Dutzend Nachrichtenoffiziere unserer Armee teilnahmen ohne mein, aber wohl auch ohne Ihr Wissen.

Bei dem erwähnten Komitee handelt es sich um eine undurchsichtige Organisation; insbesondere ist nicht klar, woher und letzten Endes zu welchem Zweck die finanziellen Quellen fließen. Geschäftsführer des Komitees mit Sitz in Bonn ist ein Herr A. Zöldi (wahrscheinlich ungarischer Emigrant), im Vorstand sind einige nicht sehr prominente SPD- und CDU-Politiker. Das Komitee hat Verbindungsstellen in den übrigen NATO-Ländern sowie in den neutralen Staaten Europas ins Leben gerufen. Ueber das "Schweizerische Komitee für europäische und internationale Zusammenarbeit", in dem Herr Johannes Estermann, Direktionssekretär in der Haut- und Fettzentrale AG Zürich (militärische Einteilung Hptm. Nof. Inf. Rgt. 21), eine treibende Rolle spielt, sind die Unterabteilung Nachrichten- und Sicherheitsdienst sowie die Bundesanwaltschaft orientiert.



- 2 -

Ich gestehe, dass mir die vielfältige Aktivität offizieller und offiziöser deutscher Stellen und Organisationen zur Propagierung einer NATO-integrierten Bundesrepublik und eines wiedervereinigten Deutschlands schon seit längerer Zeit missfällt. Ich erinnere an die Tätigkeit der hiesigen westdeutschen Botschaft, die im Auftrage Bonns immer wieder Bundesbeamte, kantonale Behördemitglieder, Journalisten usw. zu grosszügigen Gratisreisen nach Berlin, an die Demarkationslinie und nach Westdeutschland einlädt. [Was die Bundesbeamten angeht, haben wir kürzlich den deutschen Botschafter gebeten, inskünftig von derartigen Initiativen abzusehen.] Ich erinnere ferner an gewisse antikommunistische Ausstellungen, die bei uns unter schweizerischer Etikette, aber mit westdeutscher Finanzhilfe gezeigt wurden, und schliesslich an die vom Kuratorium unteilbares Deutschland organisierten sogen. deutsch-schweizerischen Tage in Konstanz und Schaffhausen, wo u.E. inopportunerweise europäische Sicherheitsfragen diskutiert wurden (insbesondere das Referat von Herrn Oberst Mark in Anwesenheit von Oberstkorpskdt. Uhlmann hatte die sowjetische Botschaft und die Moskauer Presse auf den Plan gerufen).

Am meisten zu denken gibt mir aber die erst kürzlich entdeckte Aktivität des "Komitees für europäische und internationale Zusammenarbeit", insbesondere dessen Vorliebe für Angehörige der schweizerischen Armee. Ich bin der Meinung, dass solche Informationsreisen vom Neutralitätspolitischen Gesichtspunkt aus nicht erwünscht sein können, ganz besonders dann, wenn sie Ihrer und meiner Kontrolle entgleiten.

- 3 -

In einen ähnlichen Zusammenhang gehört das Projekt einer Israelreise schweizerischer Offiziere, das von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (Komitee "Rex") dieses Frühjahr erwogen wurde. Als Herr Dr. Kurz von Ihrem Departement Herrn Botschafter Micheli hiezuhin um seine Ansicht ersuchte, bat dieser dringend, den Plan - obwohl die Initianten offenbar schon zuvor an die israelische Botschaft in Bern herangetreten waren - aus Gründen der politischen Opportunität fallen zu lassen. Ich brauche wohl nicht besonders auszuführen, weshalb der Zeitpunkt für eine Israelreise gerade jetzt, wo es wegen der Annäherung zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland zum Bruch zwischen der BRD und den arabischen Staaten gekommen ist, wobei auch Fragen der Rüstungshilfe stark hineinspielten, sowohl aussen- wie innenpolitisch schlecht gewählt erschien. Es wäre besser gewesen, wenn die Kontakte mit der israelischen Botschaft überhaupt unterblieben wären. Die Angelegenheit wirkt namentlich auch deshalb peinlich, weil wir unsererseits dieses Frühjahr aus den gleichen Erwägungen gegenüber einer seitens des israelischen "Collège supérieur pour la Défense nationale" geplanten Studienreise nach der Schweiz - übrigens gleich wie die Italiener - so wenig Enthusiasmus an den Tag legten, dass es die Israeli schliesslich vorzogen, das ganze Projekt abzublasen. Ich darf mich hiezuhin auf den Gedankenaustausch der Abteilung für Politische Angelegenheiten mit Ihrer Unterabteilung Nachrichten- und Sicherheitsdienst vom März d.J. beziehen. Schon dies wäre eigentlich Grund genug gewesen, mit eigenen Israel-Reiseplänen schweizerischer Offiziere vorläufig zurückzuhalten.

Wenn ich nicht irre, wurde gerade, um Situationen wie den oben geschilderten zu begegnen, am 22. Januar 1948 von Ihrem Departement eine Verfügung erlassen über den militärischen Ver-

- 4 -

kehr mit den Angehörigen ausländischer Armeen, Militärbehörden und Vertretungen. Danach wurde den schweizerischen Armeeingehörigen der direkte Verkehr mit dem Ausland in militärischen Angelegenheiten verboten bzw. es wurde vorgeschrieben, dass der entsprechende Verkehr über die Gst.Abt. und, soweit ausländische Behörden im Spiele sind, über das Politische Departement zu gehen habe. M.W. ist die erwähnte Verfügung nie widerrufen worden, sodass es genügen sollte, ihr auch heute Nachachtung zu verschaffen. Unsere beiden Departemente hätten damit die Möglichkeit, von Fall zu Fall die Opportunität von Reisen ins Ausland zu prüfen.

Ich wäre Ihnen für eine Mitteilung dankbar, ob Sie meiner Auffassung zustimmen können.

Ich versichere Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Wahlen